



NEWSLETTER 11/2015

FORUM | MIGRATION



© TR – Fotolia.com

Inder_innen: Die Willkommenen

In der Vergangenheit war es nicht das glücklichste Feld der deutschen Migrationspolitik: Die IT-Experten aus Indien, die auch dann nicht kamen, als für sie die Green-Card eingeführt wurde, die xenophobe „Kinder statt Inder“-Kampagne als Reaktion darauf. Heute zeigen Reformen beim Einwanderungsrecht erste Erfolge. Inder_innen kommen nicht immer, um zu bleiben – aber sie kommen: Seit 2007 stieg ihre Zahl in Deutschland um 80 Prozent.

In einer neuen Studie rechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit einer weiteren Zunahme der Migration aus Indien nach Deutschland und wertet dies als „begrüßenswerte Entwicklung“. Die Autorin der Studie, die BAMF-Forscherin Verena Schulze-Palstring, geht vor allem der Frage nach, wie den meist gut qualifizierten Inder_innen der Weg in die Bundesrepublik weiter geebnet werden könnte. Fast 14 Millionen Inder_innen leben im Ausland, nach Deutschland aber kamen nur 76.000 von ihnen. Diese Zahl wächst, doch die Fluktuation ist hoch: 2013 kamen 19.000 neu hierher, 12.000 gingen. Zu den Motiven der Ausreise befragt, nannten Inder_innen unter anderem „mangelnde Wertschätzung und An-

erkennung von Diversität am Arbeitsplatz“. Hinzukam Orientierungslosigkeit über bürokratische Abläufe. Inder_innen sind heute die größte Gruppe unter Inhabern der „Blaue Karte“ genannten Aufenthaltserlaubnis für Fachkräfte. Dass sie meist nicht mal vier Jahre im Land bleiben und nach einem Jobwechsel oft nicht wieder einreisen, müsse kein Nachteil sein, so das BAMF. Die Inder_innen seien „Teil der international zirkulierenden (hoch) qualifizierten ‚Global Indians‘“. Deren Remigration schaffe wirtschaftliche und soziale Verbindungen, ziehe „weitere Migration von Fachkräften“ und Investitionen nach sich. 12 Millionen ausgebildete junge Inder drängen jedes Jahr auf den indischen Arbeitsmarkt, der längst nicht alle aufnehmen kann. Wer mehr von ihnen nach Deutschland locken will, müsse „temporäre, permanente sowie wiederkehrende Migration“ ermöglichen, empfiehlt die Studie – etwa durch die Einrichtung von Mehrfacheinreisevisa sowie der Möglichkeit, Sozialversicherungsansprüche bei der Ausreise mitzunehmen.



Lesen Sie ein Interview mit Verena Schulze-Palstring auf:
www.migration-online.de



Studie: Das Potenzial der Migration aus Indien. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015. <http://bit.ly/1jviy9b>

INHALT 11/2015

Inder_innen: Die Willkommenen	1
Ehegattennachzug: „Die Diskussion war schon immer da“	2
Asylrechtsreform: Die Fehler der Vergangenheit	2
Ohne Migration fast 20 Mio. Einwohner weniger	2
Menschenhandel: Wenig Risiko, hoher Gewinn	3
News + Termine	3
Vielfalt – Unverzichtbar für den Unternehmenserfolg – Kommentar von Jens Schwarz, Vorsitzender Konzernbetriebsrat Deutsche Bahn AG	4
Europäische Bürgerinitiative für die Verkehrsbeschäftigten	4



„Die Diskussion war schon immer da“

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften fürchtet neue Hürden für den Zugang Angehöriger nach Deutschland

Forum Migration: Herr Kannamkulam, müssen Flüchtlinge damit rechnen, bald von ihren Ehepartnern getrennt leben zu müssen?

John Kannamkulam: Die Asyldebatte hat eine neue Situation geschaffen, wir beobachten das sehr genau. Es gibt jetzt Stimmen, die Pi mal Daumen einfach mit drei multiplizieren und so von Zahlen von Menschen schwadronieren, die die Flüchtlinge angeblich nachholen wollen. Das ist politisches Marketing, um den Familiennachzug einzuschränken. Das EU- und das deutsche Recht aber sehen den Schutz von Ehe und Familien vor, und zwar für alle. Das fällt bei dieser Diskussion einfach unter den Tisch.

Sie fürchten, neue Hürden für den Familiennachzug bei Flüchtlingen könnten auch reguläre Migranten_innengruppen treffen?

Wir machen uns für interkulturelle Familien in jeglichem Bezug stark. Was da jetzt in der Asylgesetzgebung für die Gruppe der irregulären Einwanderer debattiert wird, ist für uns alarmierend, denn es könnte auch Familien und Ehen aus dem Bereich

der regulären Migration treffen. Die Diskussion war schon immer da, wir kennen das seit den 90ern. Für uns ist aber ganz klar, dass man nicht den einen volle Grundrechte geben kann und den anderen nicht.

Sie liegen beim Thema Familiennachzug auch wegen der Sprachnachweise mit dem Bundesinnenministerium im Clinch. Lässt es mit sich reden?

Deutschland verlangt – als eines von wenigen EU-Ländern – seit 2007 den Nachweis von Sprachkenntnissen auf A1 Niveau von Ehegatten. Im Juli dieses Jahres gab es ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu diesen so genannten Vorintegrationsmaßnahmen. Das hat festgestellt, dass keine ‚ungebührende Härten‘ entstehen dürfen. Die Bundesregierung hatte zwar auch im Sommer eine Härtefallregelung eingeführt, die jedoch nicht zu den Anforderungen des EuGH passt.

Und das reicht nicht?

Natürlich nicht. Integrationsmaßnahmen an sich sind sinnvoll, beide Partner sollen sich mit ihren Deutsch-Sprachkenntnissen hier im Land bewegen können. Aber die Kurse sollen im Inland nach der Einreise belegt werden können. Wenn sie aus einer ländlichen Gegend, etwa in Indien kommen, müssen

sie teils hunderte Kilometer in eine Metropole reisen, um in einem Goethe-Institut monatelang den Kurs zu belegen. Von Krisenländern ganz zu schweigen.

Arbeitsmigrant_innen aus Drittstaaten klagen über große Schwierigkeiten, Besuch aus der Heimat zu bekommen. Das Thema beschäftigt jetzt auch die EU. Was müsste geschehen?

Die Visaverfahren für Familienbesuche müssen stark vereinfacht werden. Verwandte aus den visapflichtigen Staaten können nur mit großem bürokratischen Aufwand, auch für die Gastfamilie nach Deutschland kommen. Wir würden dieses Thema gern auch mit den Gewerkschaften auf das Tableau heben – zumal der EU-Visakodex tatsächlich gerade im EU-Parlament neu beleuchtet wird. Im ‚Netz gegen Rassismus‘ tauschen wir uns bereits seit Langem auch mit dem DGB aus. Wir sind in Gesprächen auch bei Fragen der Multilokalität und der Mobilität von transnationalen Familien, also Familien der Arbeitnehmer_innen mit Auslandsbezug. Und wir würden uns freuen, zu gemeinsamen Positionierungen zu kommen.

John Kannamkulam ist Mitglied im Bundesvorstand des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Asylrechtsreform: Die Fehler der Vergangenheit

Die Bemühungen auf die hohen Flüchtlingszahlen mit Verschärfungen beim Asylrecht zu reagieren, sind in vollem Gang.

Die Bundesregierung setze eine Politik fort, die in erster Linie auf Abschreckung und Abschottung basiere, klagte der Vorsitzende des Rates für Migration, Werner Schiffauer von der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Der Rat plädiert dafür, die Asylpolitik grundsätzlich zu revidieren. In einem Zehn-Punkte-Programm

fordert der Rat für Migration unter anderem eine Aussetzung des Dublin-Systems. Es sei jetzt ein historischer Zeitpunkt, die ganze Asylpolitik neu auszurichten, sagte Schiffauer. „Auch die Zivilgesellschaft ist dazu bereit, wie nie zuvor.“ Der DGB erklärte, er sei „überzeugt“, dass Deutschland die Herausforderungen der Flüchtlingsaufnahme bewältigen kann. Der Gesetzentwurf jedoch zielt „auf die Einschränkung der Schutzgewährung und behindert die Eingliederung von Flüchtlingen durch Ausschluss bestimmter Gruppen.“ Für die

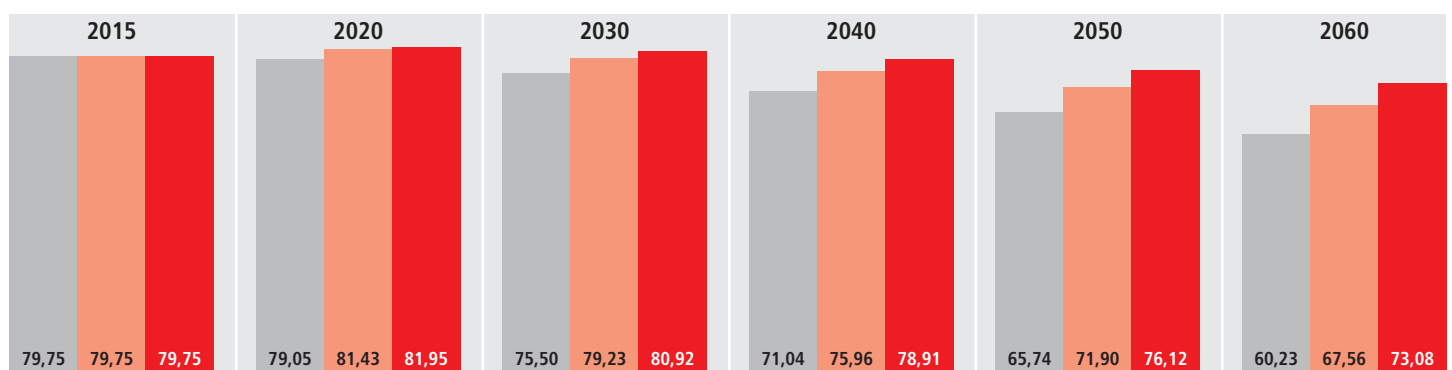
Durchführung der Asylverfahren und für eine erfolgreiche Integration brauche es auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ausreichend Personal. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen finanziellen Mittel reichen aus Sicht des DGB dafür bei Weitem nicht aus. Der DGB lehnt die Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsländer ab und fordert, die Gründe für eine Schutzsuche auch künftig individuell zu prüfen.

Stellungnahme des DGB: bit.ly/1Rqtzyl

Ohne Migration fast 20 Mio. Einwohner weniger

■ = Wanderungsaldo Null · ■ = moderate Zuwanderung* · ■ = höhere Zuwanderung** (alle Zahlen in Mio.)

Anstieg der Personenzahl mit Migrationshintergrund in Deutschland von derzeit 17,8 Mio. · *auf 22 Mio. im Jahr 2030 · **auf 23,7 Mio. im Jahr 2030



Quelle: Auswirkungen des demographischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung und ifo-Institut Dresden 2015. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11612.pdf>



Menschenhandel: Wenig Risiko, hoher Gewinn

Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung wird in Deutschland nicht angemessen verfolgt, beklagt die Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine Auswertung von Justizakten durch die Stiftung ergab, dass Strafverfahren lange dauern, Betroffene nicht den gesetzlich vorgeschriebenen Schutz erhalten, das Strafmaß – wenn überhaupt eine Verurteilung zu Stande kommt – zumeist gering ist und die erzielten Gewinne so gut wie nicht abgeschöpft werden.


Im Auftrag der Stiftung untersuchte der Rosenheimer Jurist Christian Lindner 90 Verfahren aus den Jahren 2005 bis 2015. Über die Hälfte der Fälle spielte sich in der Bau-, Gastronomie- oder Landwirtschaftsbranche ab. Die Behörden ermittelten wegen Verstößen gegen

den § 233 des Strafgesetzbuches: „Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft“ – jede Beschäftigung zu Bedingungen, „die in einem auffälligen Missverhältnis“ zu denen anderer Arbeitnehmer_innen steht. Damit ist keineswegs nur Sklaverei gemeint, sondern jede Beschäftigung zu Arbeitsbedingungen, „die in einem auffälligen Missverhältnis“ zu den Arbeitsbedingungen anderer Arbeitnehmer_innen steht, die eine vergleichbare Tätigkeit ausüben.

So etwa der Fall eines deutschen Transportunternehmers, der zwischen 2008 bis 2010 insgesamt 124 tschechische Kraftfahrer nach Deutschland brachte. Er beschäftigte sie hier für einen durchschnittlichen Stundenlohn von 2,60 Euro. Aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse gingen die Fahrer davon aus, dass

dies der in Deutschland übliche Lohn sei. Der Angeklagte erzielte einen Vermögensvorteil von 1.407 Euro je Fahrer und Monat. 2011 wurde er zu 3 Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Doch dies ist die Ausnahme. Wie auch im Bereich der sexuellen Ausbeutung sind meist Migrant_innen von Menschenhandel betroffen. Die Ausgebeuteten befinden sich „oft in informellen Arbeitszusammenhängen und in emotionaler, sprachlicher und/oder physischer Isolation“, so die Studie. Der Tatbestand sei selbst Behörden und Beratungsstellen oft nicht geläufig, Betroffene hätten Angst, über ihre Lage zu sprechen.

 Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung: www.fes.de/de/publikationen

News + Termine

Zoll: Beamte sollen Flüchtlinge erfassen, statt Mindestlohn zu kontrollieren

Das Innenministerium will mehr Zollbeamte als bislang bekannt zur Bearbeitung von Asylanträgen einsetzen. 210 Personen werden das Bundesamt für Flucht und Migration (BAMF) bei der Bearbeitung von rückständigen Asylanträgen unterstützen und weitere 160 die Bundespolizei bei der Registrierung von Flüchtlingen. Zunächst war angekündigt worden, dass das BAMF nur von 50 Zöllnern unterstützt werden soll. Bei den 370 Personen handelt es sich vorrangig um Nachwuchskräfte, die der Zollverwaltung aufgrund des neuen Mindestlohngesetzes zugesagt worden waren. Sie sollen sechs Monate beim BAMF bleiben.

Einwanderungsgesetz: CDU will vielleicht doch – aber erst nach 2017

Die CDU streitet weiter um ein Einwanderungsgesetz. Fraktionschef Volker Kauder schließt aus, dass es in der laufenden Legislaturperiode ein Gesetz gebe „das die Türen weiter öffnet“, CDU-Generalsekretär Peter Tauber geht davon aus, dass ein solches Gesetz „auf jeden Fall“ kommt. Auf dem Unions-Parteitag im Dezember soll es als offizielles Ziel im Programm verankert werden – allerdings ohne es so zu nennen: Die Beschlussvorlage enthält das Wort „Einwanderungsgesetz“ nicht mehr, sondern fordert nur, dass die Zuwanderungsregeln „widerspruchsfrei und besser miteinander verknüpft“ und „in einem Gesetz zusammengeführt“ würden. Unter anderem der Landesverband NRW hat Widerstand hiergegen angekündigt.

NRW: Land startet Portale für Flüchtlingshilfe

Gleich zwei Webseiten für Flüchtlingshilfe startete das Land Nordrhein-Westfalen. Unter www.ich-helfe.nrw können Privatpersonen nach Organisationen, Institutionen oder Initiativen suchen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren und Unterstüt-

zung brauchen. Fast zeitgleich ging eine Hochschul-Plattform für Flüchtlinge und Helfer online. Die führt Initiativen mit ihren Angeboten auf, bietet Infos über ein Studium bis zur Hilfe bei Behördenängsten. Auch Helfer, die sich engagieren möchten, finden über die Datenbank Initiativen in ihrer Nähe.

 www.ich-helfe.nrw
 www.wissenschaft.nrw.de

Schweiz: SVP gewinnt wegen Flüchtlingsdebatte bei Umfragewerten

Die Flüchtlingskrise in Europa hat der rechtspopulistischen Schweizerische Volkspartei (SVP) Auftrieb verschafft. Laut einer Umfrage der Zeitung „Sonntagsblick“ wollen 27,8 Prozent der Schweizer die einwanderungsfeindliche SVP wählen. Eine andere Umfrage hatte kürzlich ergeben, dass die Themen Einwanderung und Asyl die Hauptsorgen der Schweizer vor der Wahl am 18. Oktober sind. Rund ein Viertel der Bewohner der Schweiz sind Ausländer. Das Alpenland verzeichnete anders als andere europäische Staaten in diesem Jahr bislang keinen großen Andrang von Flüchtlingen.

Zuwanderung: Sachsen ablehnender als Bundesdurchschnitt


Die Sachsen haben mehr Vorbehalte gegen Flüchtlinge als der Bundesdurchschnitt. Laut einer gemeinsamen Umfrage der Leipziger Volkszeitung, der Freien Presse und der Sächsischen Zeitung stimmen 39 Prozent der Sachsen dem Satz „Das Boot ist voll“ zu. Bundesweit sind es 29 Prozent. Und während bundesweit fast jeder Zweite (48 Prozent der Meinung war, Deutschland solle sich über den Zuzug vieler junger Leute aus dem Ausland „freuen, weil Arbeitskräfte und Zuwanderung nötig sind“, stimmt dem in Sachsen nur gut jeder Dritte zu (37 Prozent). Bundesweit sind 54 Prozent der Meinung, Deutschland sei „wohlhabend und könne den Zuzug von

Ausländern gut vertragen“, stimmen dem in Sachsen nur 41 Prozent zu.

 <http://bit.ly/1Lr2ct5>

Einreisesperre: EU-Staaten dürfen Migranten inhaftieren

Ausgewiesene und illegal wieder eingereiste Migranten können in der EU in Haft kommen. Das hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg entschieden. Ein entsprechendes Gesetz Italiens sei zulässig. Ein Mann aus Albanien hatte geklagt, der im Jahr 2012 aus Italien ausgewiesen worden war. Er kehrte trotz einer Einreisesperre von drei Jahren wieder in das Land zurück. Die Staatsanwaltschaft beantragte daraufhin eine Gefängnisstrafe von acht Monaten.

 AZ: C-290/14

Bitte folgen!

Ab sofort ist das DGB Bildungswerk auf Twitter vertreten. Auf dem Account @ForumMigration gibt es aktuelle Nachrichten zu Migration, Vielfalt und Arbeitswelt.

Fachtag: Finanzierung von Anpassungsqualifizierung – für Interessensvertretungen

24. November 2015

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Faire Mobilität – Ausbeutung und Lohndumping verhindern. Train-the-Trainer Seminar


31. Januar bis 03. Februar 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Wir bleiben auf Augenhöhe. Transfertagung des Projekts MENTO

22. bis 23. Februar 2016

Veranstaltungsort: Kalkscheune Berlin

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
http://migration-online.de/cms/index_cGikPTY_.html



Vielfalt – Unverzichtbar für den Unternehmenserfolg



© Deutsche Bahn AG

Kommentar von Jens Schwarz, Vorsitzender Konzernbetriebsrat Deutsche Bahn AG

Die Deutsche Bahn AG hat erstmals für den Ausbildungsjahrgang 2015 Nachwuchskräfte in Spanien rekrutiert. Die ersten Gespräche mit spanischen Jugendlichen fanden im Herbst 2014 statt. Ziel war es, junge Menschen zu finden, die bereit sind, die deutsche Sprache zu erlernen und eine Berufsausbildung im DB-Konzern in Deutschland zu absolvieren.

Vor ihrem Ausbildungsbeginn am 1. September 2015 wurden die ausgewählten Jugendlichen bereits in Spanien von einer Referentin der DB AG sowie dem Goethe-Institut begleitet und absolvierten einen



Sprachkurs. Zudem ermöglichte ihnen ein sechswöchiges Praktikum, sowohl ihre künftigen Ausbildungsbetriebe in Deutschland als auch ihre Ausbilder persönlich kennen zu lernen.

Die deutsche Sprache zu erlernen, verbunden mit der Anforderung das Sprachniveau B1 zu erreichen, stellt eine sehr große Herausforderung dar und fordert von allen Beteiligten ein hohes Engagement. Die jungen Kolleg_innen umfassend zu betreuen ist unter anderem aufgrund der unterschiedlichen kulturellen Bedürfnisse sehr aufwändig. Hier bedarf es einer besonderen Aufmerksamkeit seitens der Ausbildungsverantwortlichen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Betriebsräten sowie den Jugend- und Auszubildendenvertretungen ist dabei unverzichtbar.

Europäische Bürgerinitiative für die Verkehrsbeschäftigten

Seit dem 1. Oktober kann das Volksbegehren „Fairer Transport in Europa – Gleichbehandlung aller Verkehrsbeschäftigten“ an die Europäische Kommission online unterstützt werden. Die Bürgerinitiative soll auf EU-Ebene dafür sorgen, dass faire Bedingungen für die Beschäftigten im Verkehrssektor gesetzlich festgeschrieben werden und den Beschäftigten im

Verkehrsbereich gute soziale Bedingungen und faire Löhne garantieren. Sie muss dafür innerhalb eines Jahres eine Million Unterschriften sammeln. In Deutschland unterstützt der Verein mobifair e.V. die Initiative und ruft zum Unterschreiben auf. Außerdem können auf info@mobifair.eu auch vorgedruckte Unterschriftenlisten angefordert werden.

 www.fairtransporteurope.eu
 www.mobifair.eu

Die 18 spanischen Nachwuchskräfte absolvieren ihre Ausbildung in einem international geprägten und kulturell sehr vielfältigen Umfeld, in dem über 100 Nationen zusammenarbeiten. Mehr als 17.000 Kolleg_innen im DB-Konzern haben einen Migrationshintergrund. Als Teil der fast 200.000 Beschäftigten in Deutschland tragen sie maßgeblich zum Unternehmenserfolg bei.

Die Kultur in der Belegschaft ist von Toleranz und Respekt geprägt. So engagieren sich beispielsweise seit dem Jahr 2000 jährlich hunderte Auszubildende der DB AG in dem Projekt „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ und setzen damit ein klares Zeichen gegen Fremdenhass und Intoleranz. Aber auch über dieses Projekt hinaus ist das soziale Engagement unserer Kolleg_innen stark und ungebrochen, wie das Beispiel der Gleis- und Tiefbauwerkstatt Hamburg-Harburg belegt: Dort haben sich die Auszubildenden und Ausbilder gemeinsam für eine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge eingesetzt. Zusammen bauen sie Holzbänke für die Erstaufnahmeeinrichtung, mittels derer der Außenbereich ansprechender gestaltet und die Aufenthaltsmöglichkeiten verbessert werden sollen. Auf diese Weise lassen sich Ausbildungsinhalte und soziales Engagement nutzbringend miteinander.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideel, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

GEFÖRDERT DURCH

